

AMTBLICHER LAUF ZEITUNG

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestimmte durch Nachtrag zum Vertrag vom 25. März 1919, durch den Vertrag vom 15. April 1919 und die Bestimmungen des Artikels 10 des Versailler Vertrags. - Redaktion: Friedrichstr. 28.

Verantwortliche für den Inhalt: Friedrichstr. 28, Leipzig. - Redaktion: Friedrichstr. 28, Leipzig.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgewerks Aus. - Preis pro Nummer: 10 Pfennig.

Nr. 295

Mittwoch, den 20. Dezember 1923

17. Jahrgang

Widerstände.

Wer in den letzten Tagen bei aller Unterstreichung und Unterfaltung berechtigter Zweifel vor übertriebenem Optimismus gewarnt hat, für den wird es heute Pflicht, vor dem zu weitgehenden Pessimismus zu warnen, den die letzten Nachrichten aus Amerika und aus den westlichen Nachbarländern in breiten Schichten des deutschen Volkes als Gegenreaktion auf die so plötzlich einsetzende Hoffnungsfreudigkeit auslösten sollen.

Es bestätigt sich, was an dieser Stelle bereits zu wiederholten Malen vorausgesagt wurde, und was jedem politisch weiterblickenden Beobachter der Dinge keine Offenbarung sein kann: von den Zielen, auf die sich die in den jüngsten Tagen geweckten Erwartungen richteten, trennt Deutschland, trennt die Welt noch ein weites Weg, zahlreich und schwer sind die Hindernisse, die dazwischen liegen, und nur äußerste Kraftanstrengung, gepaart mit ehrlichem guten Willen nach allen Seiten, wird die Widerstände zu überwinden vermögen.

Ebenso, wie anzunehmen war, daß die ersten aus Amerika herübergekommenen Nachrichten über die Interaktionspläne der amerikanischen Politik und Finanz in die europäischen Angelegenheiten zwar von tatsächlich vorhandenen Wünschen ausgingen, daran aber über die gegenwärtigen Möglichkeiten hinausgeriebene Voraussetzung knüpfte, war mit Bestimmtheit auf eine baldige scharf ablehnende Reaktion aus Frankreich zu rechnen. Für diese beiden Entwicklungen stellen sich nunmehr die Belege ein. Auf der einen Seite zeigen die neueren Berichte aus Washington und New York, daß für das Praktischwerden einer amerikanischen Hilfsaktion auf der europäischen Seite Voraussetzungen erfüllt werden müssen deren Erfüllung außerordentlich schwierig sein wird.

Auch die amerikanische Finanzwelt wird sich zu ihrer mit Billigung der Regierung gedachten Anleihe nicht entschließen, ehe nicht die Reparationsfrage geregelt ist, so gern sie nach einer Verisierung des Bankers Morgan zu einer Hilfsaktion für Deutschland durch Aufbringung einer großen internationalen Anleihe bereit wäre. Und andererseits stellt die amerikanische Politik für ihre Zustimmung und Stützung einer solchen Anleihe politische Vorbedingungen hinsichtlich der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse und der Ausschaltung jeder Gewaltpolitik, die zur Erfüllung zu bringen ebenfalls eine überaus schwierige Aufgabe sein muß.

Die Erkenntnis der Tatsache, daß das erstrebte Ziel der endgültigen Reparationsregelung und der Entlastung für Deutschland nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, scheint leider für viele unter uns eine Offenbarung und damit selbstverständlich auch eine Bestätigung bedeutet zu haben. Sonst läßt man nicht auf übertriebene Hoffnungen nun eine überreife Hoffnungswelt hier und dort sinken. Dem letzten Sturz des Colar ist eine abermalige Steigerung gefolgt, die jedoch bisher wesentlich unter der früheren Kurve bleibt, und aus der Tatsache, daß auf dem Markt des täglichen Bedarfs die erhofften starken Preisrückgänge nicht sofort eingetreten sind, werden sorgenvolle Rückschlüsse gezogen. Es liegt zu einem guten Teil an der eigenen Einschätzung und Zuversicht und an der eigenen Kontrolle über den inneren Markt, daß neue Erschütterungen der Markt und weitere Belastungen des Konsums ausgeschlossen bleiben. Darum heute mit aller Eindringlichkeit die Warnung vor nervösem Pessimismus.

Bildung einer Finanzkommission.

„New York Herald“ erzählt aus Washington, daß die dem Vereinigten Staaten und Frankreich inoffizielle Verhandlungen in der Reparationsfrage im Gange sind. Die Vereinigten Staaten hofften auf Frankreichs Zustimmung zur Bildung einer Finanzkommission, die auch die durch den Versailler Vertrag nicht gebundenen Länder umschließen und Deutschlands Reparationsfähigkeit bestimmen soll. Das bleibe von den Gerüchten über eine Anleihe für Deutschland übrig. Frankreich habe nach neuen Sicherheiten dafür gefragt, daß Deutschland einen etwa von der Kommission festgestellten ermäßigten Reparationsbetrag bezahle. Auf alle Fälle wolle Amerika Geld nur gegen ausgezeichnete Sicherheiten geben. Bankierkreise schämen die alliierte Hypothek auf Grund des Versailler Vertrages auf 80 Milliarden Dollar. Offizielle Mitteilungen über die Verhandlungen werden erst nach der Pariser Konferenz gemacht.

Eine Erklärung der Morgan-Bank. Die Morgan-Gesellschaft veröffentlicht folgende Erklärung: Der deutsche Botschafter Wiederscheid besuchte am Sonnabend Morgen, um sich zu erkundigen, ob es uns möglich sei, zu versuchen, zur Flottmachung der großen sogenannten internationalen Anleihe für Deutschland beizutragen. In seiner Antwort wies Morgan auf die Sitzung des Bankier-Ausschusses vom letzten Juni hin und sagte im wesentlichen dem Botschafter: Inseere Lage sei genau dieselbe wie damals. Er teilte dem Botschafter mit, daß, wenn wir auch sehr wünschen, der allgemeinen Lage zu dienen, nichtsdestoweniger die Verhältnisse offenbar derartige geworden seien, daß es für uns nicht möglich sei, eine Anleihe für Deutschland zu erörtern oder in Erwägung zu ziehen, bevor nicht die Reparationsfrage geregelt sei.

Die deutschen Milliarden im französischen Etat.

„Straßburger Neue Zeitung“ meldet aus Paris: Der französische Statvoranschlag für 1923 enthält in den Einnahmen fast 1 Milliarde Goldfranken von Deutschland, ohne Sachleistungen und Wiedergutmachungen, für die 1,2 Milliarden Goldfranken angefordert sind. Nach der Statbegründung durch den Finanzminister im Budgetausschuß am Sonnabend wird bei Nichtsicherheit der deutschen Zahlungen der Staatshaushalt Frankreichs für 1923 zusammenbrechen oder es wird eine 2000prozente Erhöhung aller Steuern und Abgaben notwendig sein.

Milderung der Besatzungskosten für Deutschland.

Wie in Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, will Amerika bei seinen Versuchen zur Stabilisierung der deutschen Markt im Januar auch an die Besatzungsmächte im Rheinland das Ersuchen richten, in Erwägungen über eine Herabsetzung der Besatzungskosten zu treten und die Zahl der Besatzungstruppen wesentlich herabzusetzen.

Die Berliner Reparationsberatungen.

Die Besprechungen, die am Sonnabend im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der deutschen Industrie- und Bankwelt begannen, werden voraussichtlich am Donnerstag in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Becker fortgesetzt. Aus der Reichsregierung naheliegenden Kreisen hören wir, daß der Eindruck den man auf Grund der ersten Besprechungen gewonnen hat, durchaus befriedigend ist. Es handelt sich in erster Linie darum, die in Vorbereitung befindlichen Vorschläge der Regierung von sachverständigen Beratern auf ihre Durchführbarkeit und praktische Durchführbarkeit prüfen zu lassen. Es verdient, insbesondere zu werden, daß auf Grund der Besprechungen festgestellt ist, daß die deutsche Industrie und Bankwelt bereit ist, sich für die endgültige Reparationsregelung und die Entlastung der deutschen Wirtschaft zu bemühen.

zu werden, daß auf Grund der Besprechungen festgestellt ist, daß die deutsche Industrie und Bankwelt bereit ist, sich für die endgültige Reparationsregelung und die Entlastung der deutschen Wirtschaft zu bemühen. Die Annahme berechtigt ist, daß die deutsche Industrie und Bankwelt bereit ist, sich für die endgültige Reparationsregelung und die Entlastung der deutschen Wirtschaft zu bemühen.

Der neue Außenstaatssekretär.

Die Ernennung des Leiters der Abteilung im auswärtigen Amt, Freiherrn von Reuter, zum Reichskommissar für den Norddeutschen Raum, hat die Beförderung des Reichs nach Wünschen gehen wird dürfte vom Reichspräsidenten über seine Zustimmung werden. Die Wahl von Reuter, der „roten Baron“, bedeutet parlamentarisch ein Zugeständnis an die Linke, bei der Reuter besonders gut angesehen sein soll. Diesen Kredit bei den Linksparteien verdankt Reuter wesentlich seiner internationalen Einstellung. Er war nacheinander bei den Gesandtschaften von Rio de Janeiro, Christiania und Stuttgart tätig, trat dann unter dem Staatssekretär von Ribbentrop in die politische Abteilung des auswärtigen Amtes, wurde später der Botschaft in Petersburg zugeteilt und 1913 als Legationsrat nach Peking versetzt, wo er während der Unruhen in China als Geschäftsträger fungierte. Bei Ausbruch des Krieges verließ Reuter das deutsche Reich und wurde durch das offene Feindesgeheimnis im auswärtigen Amt die bevorstehende japanische Kriegserklärung mit den Worten angekündigt: „Meine Verlobung mit Mlle. Buttersch ist täglich zu erwarten. Bitte informiert Eltern.“ Dieses Telegramm wurde zwar hier richtig verstanden, aber nicht geglaubt. Als keine befriedigende Antwort eintraf, bot Reuter auf eigene Faust und auf persönliche Verantwortung den Chinesen die Aufgabe von Tsingtau an, um den Krieg mit Japan zu vermeiden. Die Reichsregierung erkannte das Angebot aber nicht an und Reuter ging als Legionär an die Front. Frühjahr 1917 wurde er Vertreter des auswärtigen Amtes im Hauptquartier und dann als Stellvertreter des Reichsambassadeurs an die Ostfront entsandt. Damals trat er sehr energisch gegen die annexionspolitischen Pläne der hohen Militärs in der litauischen und lettischen Frage auf. Die Oberste Heeresleitung wollte ihn deshalb diskreditieren, und als sie das nicht durchsetzen konnte, erfolgte eine Art Strafversetzung an die deutsche Gesandtschaft in Haag. Hier gelang es ihm, in der berühmten Sand- und Kleefrage, die zu einer Kriegserklärung Hollands hätte führen können, die imperialistischen Pläne der Obersten Heeresleitung im Verein mit dem damaligen Gesandten Dr. Rosen zu hintertreiben.

Nach Ausbruch der Revolution berief der damalige Außenminister Hermann Müller Reuter als Führer der russischen Abteilung in das auswärtige Amt. Durch seine persönlichen Beziehungen zu führenden Männern Rußlands und der Nachbarstaaten hat Reuter hier außerordentlich Wertvolles leisten können.

Verkürzung des Beamtenurlaubs.

Wie die B. Z. erfahren, hat sich dem Reichsminister für den öffentlichen Dienst und dem Reichsinnenminister ein Schriftwechsel über die Herabsetzung des Urlaubs der Beamten in der Reichsverwaltung ergeben. Dabei ist der Reichsminister für den öffentlichen Dienst der Reichsverwaltung für eine Kürzung des bisherigen Urlaubs der Beamten der unteren Beamtenklassen eingetreten. Zur Begründung führte Minister Gröner aus: Als zur Zeit gültigen Urlaubszeiten waren von vornherein für die unteren Gruppen zu hoch bemessen und verbänden ihre Festsetzung weniger sachlichen Gründen, als dem vorzeitigen Bekanntwerden eines unvorhergesehenen Enturfes beim Personal. Seit der erstmaligen Festsetzung dieser Urlaubszeiten haben sich die Gründe zu einer Kürzung nach und nach verschärft. Die zu Beginn 1921 noch fast unter der Nachwirkung der Kriegsverhältnisse stehende Wirtschaftslage hat sich

sonstige... wird ge... in mögl... it Deut... Harding die... erwert sel... Die Reu... Senator... Teilnahme... reparations... ihren ihre... Anstern... gen zufolge... daß die... die europä... daß die... Hapel der... Tribune er... erbetretren... anden sein... stkunft und... reparations... tantenhau... budget an... unter den... Abkommens... schufs Ein... für Geer... in Berlin... u. Verlag... Aus... Batterie... Blasen... Blasen... htungs... Klingen... isen... toria-Br... Nr. 4... -land der... Chemnitz... ge: Mahi... berg... von einer... e f u c t... n die Ge... in chemischen... n usw.) und... eter... (Drogen... angeführt sind... dessen können... 3. 1885 an... berung) sucht... erbung neuer... eingeführt... EN... Verkaufskräfte... oose, Leipzig... nos... er Firmen... Dolgarien... Dokumente... im Anze... älteren Stellen... spien Bauen... Ennenstr. 27